



**DIE LINKE.**

Herrn  
Bürgermeister Sternbeck

Neustadt, den 14.02.2019

**Antrag gemäß §13 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Neustadt a. Rbge. in  
Verbindung mit §56 NKomVG**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Sternbeck,

die Stadtratsfraktionen der Unabhängigen Wählergemeinschaft -UWG-, Bündnis 90/Die Grünen/Die Linke stellen nachfolgenden Antrag:

Der Bürgermeister schafft die Voraussetzungen, dass die kommunale Schulsozialarbeit an den Schulen in der Stadt Neustadt a. Rbge. auch nach dem 31.12.2019 finanziell - wie im bisherigen Umfang und **unbefristet** abgesichert wird.

**Begründung:**

Wenn die Stadt dem Motto „Neustädter Land – Familienland“ gerecht werden will so ist es nur folgerichtig die Schulsozialarbeit fortzusetzen. Wichtig ist auch, dass wir einen sehr frühen Beschluss fassen, damit unsere engagierten Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter frühzeitig Planungssicherheit haben. Gute und engagierte Schulsozialarbeiter/innen sind begehrt und auf diesem Wege kann die erfolgreiche Schulsozialarbeit an den Neustädter Schulen in einer Kontinuität unbefristet fortgesetzt werden. Bei der Vorstellung der Schulsozialarbeit im Jugendsozialausschuss wurde die hervorragende Arbeit parteiübergreifend gelobt und die Notwendigkeit für eine Weiterführung anerkannt.

**Weitere Begründung mündlich in der Sitzung.**

Mit freundlichen Grüßen

Willi Ostermann  
Fraktionsvorsitzender

Dominic Herbst  
Fraktionsvorsitzender